

thurgau

SAMSTAG, 5. SEPTEMBER 2009

TAGBLATT 37



Passive Sterbehilfe Für ein Gesetz

Das Gesetz zur passiven Sterbehilfe sei vor allem aus Sicht des Patienten wichtig. So lautet das Fazit einer Podiumsdiskussion in Weinfelden. kanton thurgau 39

Prämien zugeschanzt

Für den Direktor der St. Galler Sozialversicherungsanstalt wird es einen Rüffel absetzen. ostschweiz 41

OBA eröffnet

Gestern wurde die Ostschweizer Bildungsausstellung eröffnet. 160 Aussteller präsentieren ihre Angebote. ostschweiz 43

Ein Amt für alle Fälle

Sie bringe einen Abbau des Service Public und weniger Bürgernähe, sagen die Gegner. Für Regierungsrat Claudius Graf-Schelling hat die Reduktion der Zivilstandsämter auf noch eines nur Vorteile.

KASPAR ENZ

FRAUENFELD. «Mit dieser Reform unternehmen wir keinen Zwischenschritt, wir erreichen einen Endzustand.» Etwas mehr als drei Wochen vor der Abstimmung über die Zivilstandsämter informierte Claudius Graf-Schelling die Medien noch einmal über die Vorlage. Sagen die Thurgauer Stimmbürger am 27. September Ja, müssen die Thurgauer Zivilstandsämter die Zügelkisten packen. Statt der bisherigen acht wird es noch ein einziges solches Amt geben – in Weinfelden, in der Mitte des Kantons. «Damit ist der Thurgau in einer guten Position», sagte Graf-Schelling weiter. «Wir werden von anderen Kantonen bereits beneidet.»

Überraschende Fortschritte

Vor vier Jahren wurde die Zahl der Zivilstandsämter bereits reduziert. Aus der Obhut der Gemeinde kamen sie unter Dach des Kantons. Statt in jeder Gemeinde gibt es seither noch ein Zivilstandsamt pro Bezirk. Dass nun schon wieder reduziert werden kann, habe nicht zuletzt mit der Datenbank Infostar zu tun. Damit habe man überraschend schnell Fortschritte gemacht, sagte Giacun Valaulta, Chef des kantonalen Amtes für Handelsregister und Zivilstandswesen. Auch die Arbeitersparnis durch die computergestützte Verarbeitung der Zivilstandsereignisse sei unerwartet gross. In Frauenfeld und Kreuzlingen habe man mit den Geburten noch einiges zu tun. «In den anderen Ämtern ging die Arbeit immer mehr zurück.» Noch seien nicht alle Daten erfasst. Doch die Rückeroberung der verbleibenden Daten laufe irgendwann aus. Die Folgen: Die Ämter seien nicht mehr ausgelastet, Stellen werden eingespart. «Schon jetzt müssen oft die Öffnungszeiten einiger Ämter eingeschränkt werden.» Es bestehe also Handlungsbedarf.



Auch er müsste umziehen: Giacun Valaulta (r.) wirbt mit Regierungsrat Claudius Graf-Schelling für die Reduktion der Zivilstandsämter.

Professionell, bürgernah, vertrauensvoll und vor allem kostengünstig müsse die Leistungserbringung der Zivilstandsämter sein. Das verlange der Grosse Rat von der Regierung und das sei die Vorlage auch, sagte Graf-Schelling. 290 000 Franken jährlich spare der Kanton damit ein, verglichen mit der aktuellen Situation. Statt 16,4 Vollstellen wären noch 14 nötig.

Trotz der Zentralisierung bleibe die Bürgernähe aber gewährleistet. «Die meisten Ereignisse, die das Amt zu verarbeiten hat, sind rein administrativ und bedürfen nicht der persönlichen Anwesenheit», sagte Graf-Schelling. Die

STICHWORT

Infostar

Die Datenbank Infostar wurde von der Informatikabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes entwickelt. Seit dem 1. Januar werden darin schweizweit alle Zivilstandsereignisse wie Geburt, Ehe, Tod oder Namensänderungen beurkundet. Das computergestützte System ersetzt damit die alten Zivilstandsregister, kantonalen Datenbanken und Familienregister. (ken)

Meldungen könnten postalisch oder auch immer mehr elektronisch erledigt werden.

Nur ein Besuch nötig

Die meisten Leute müssten das Zivilstandsamt nur einmal im Leben aufsuchen, zur Einleitung des Ehevorbereitungsverfahrens, präzisierte Giacun Valaulta. Die Trauungen selbst können weiterhin in den Gemeinden durchgeführt werden, wenn diese über ein Trauzimmer verfügen. «Oft ist es das gleiche Zimmer, das der Gemeinderat jeweils für seine Sitzungen braucht.» Die Zivilstandsbeamten würden dafür aus Weinfelden an den Trauungsort fahren.

Doch nicht nur sieben Zivilstandsämter müssen umziehen, wenn die Vorlage angenommen wird. Auch Giacun Valaultas Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen wird nach Weinfelden übersiedeln. Durch die Konzentration an einem Ort entstehe ein eigentliches Kompetenzzentrum, sagt er. Die Professionalisierung könne erhöht werden, die Führungsstrukturen vereinfacht und auch die Ausbildung von Lernenden werde erleichtert. Valaulta geht davon aus, dass noch weitere Synergien genutzt werden könnten. Spezialthemen wie Scheinehen könnten zudem spezialisiert behandelt werden.

Firmenpleiten: Thurgau grosse Ausnahme

Noch nie gingen in der Schweiz so viele Firmen Konkurs wie in diesem Jahr. Die Zahl stieg um über 30 Prozent. Nur im Thurgau sind es weniger.

URDORF/FRAUENFELD. Seit Anfang Jahr sind in der Schweiz 3267 Unternehmen Pleite gegangen. Das sind 30,9 Prozent mehr als 2008, wie die Wirtschaftsauskunftei Dun & Bradstreet (D&B) diese Woche mitteilte. So viele Konkurse habe es seit der Einführung der Konkursstatistik bei D&B im Jahr 1994 noch nie gegeben. In den Monaten Juni, Juli und August war der Anstieg an Konkursen bisher am kräftigsten.

Nicht das erste Mal

Nur am Kanton Thurgau scheint die Krise spurlos vorbeizuziehen. Als einziger Kanton verzeichnete er im ersten Halbjahr (-2,9 Prozent) und in den Sommermonaten (-3,7 Prozent) weniger Konkurse als im Vorjahr. Bis Ende August traf es 95 Firmen gegenüber 100 in der Vorjahresperiode. Martin Wenk, der stellvertretende Chef im kantonalen Konkursamt und Betriebsinspektorat, kann sich die aktuelle Sonderstellung des Thurgaus nicht genau erklären. Es sei aber in der Vergangenheit auch schon vorgekommen, dass der Thurgau in dieser Beziehung aus dem Rahmen gefallen sei.

Welle kommt noch

Zudem sei es denkbar, dass die Pleitewelle den Thurgau noch verzögert treffe. «Es wäre nicht das erste Mal, dass wir die letzten wären.» Diese Befürchtung hat auch Edgar Georg Sidamgrotzki, der Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit. «Ich bin angesichts der Zahlen nicht so euphorisch. Denn die Wirtschaft im Thurgau ist nicht so anders wie im Rest der Schweiz.» (mso/sda)

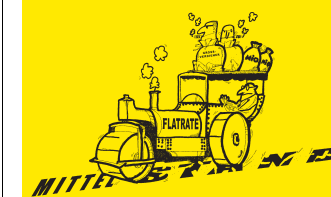
JOURNAL

100 000 Franken für Agro Marketing Thurgau

FRAUENFELD. Die Regierung stimmt einer Vereinbarung zwischen dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft und der Agro Marketing Thurgau zu. Deren Leistungen werden mit jährlich 100 000 Franken abgegolten. Weitere maximal 50 000 Franken, können für andere Leistungen eingesetzt werden. (red.)

Anzeige

Die Flatrate walzt den Mittelstand flach. NEIN zur Flatrate. NEIN zur Steuer-gesetzrevision. NEIN am 27. September.
www.flatrate-nein.ch



Thurgauerin erste Kartoffelkönigin

AARWANGEN. Marie-Theres Reichmuth ist an der Schweizermeisterschaft im Kartoffelgraben zur ersten Kartoffelkönigin der Schweiz gekürt worden. Im Finale setzte sie sich gegen zwei Konkurrentinnen aus dem Kanton Bern und Luzern durch. Ex-Mister Schweiz Renzo Blumenthal setzte der 21-Jährigen die Krone auf. Reichmuth arbeitet als Gemüsegärtnerin auf dem Biohof der Familie Studer in Schlatt und plant, bald ein Agronomiestudium aufzunehmen. In ihrem Amtsjahr will sie die Konsumenten davon überzeugen, dass Kartoffeln «tolle Knollen» sind. Den Titel musste sich Reichmuth hart erarbeiten: Zuerst galt es am Nachmittag, Kartoffeln zu schälen und ein Gratin vorzubereiten. Am Abend musste sie sich einer vierköpfigen Jury und dem Publikum präsentieren, das über

die Lautstärke des Applauses Einfluss auf die Wahl nehmen konnte. Neben dem Bezug zur Landwirtschaft waren Ausstrahlung und Originalität ausschlaggebend für die äusserst knappe Entscheidung. (red.)

www.kartoffelkoenigin.ch



Bild: Geiser agro.com ag
Marie-Theres Reichmuth.

700 unbewilligte Bauten am See

Zwischen Horn und Eschenz gibt es am Bodenseeufer etwa 1000 Bauten und Anlagen. 700 davon wurden nie bewilligt.

FRAUENFELD. Dies ist das Ergebnis einer Überprüfung, die im letzten Herbst abgeschlossen wurde. Erfasst worden sind Schlipfe, Boots- und Wochenendhäuschen, Plattenwege und Stege.

Dem Kanton seien jährlich zwischen 50 000 und 100 000 Franken entgangen, schreibt die Kantonsregierung in ihrer am Freitag veröffentlichten Antwort auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Walter Knöpfli (Kesswil).

Auf Neubauten konzentriert

Genau liessen sich diese entgangenen Gebühren nicht beziffern, weil noch nicht klar sei, wie viele der nicht bewilligten Bauten überhaupt gebührenpflichtig seien. Dazu gehört beispielsweise, dass geklärt werden muss, ob die Anlagen nicht überwiegend der Öffentlichkeit dienen.

Seit das neue Wassernutzungs-gesetz im Thurgau im Jahr 2000 in Kraft trat, muss für die «räumliche Nutzung von Oberflächengewässern durch Bauten und Anlagen» eine jährliche Gebühr zwischen 2,50 und 10 Franken pro Quadratmeter bezahlt werden.

Seither haben sich die Behörden erst einmal drauf konzentriert, diese Forderungen bei neuen Bauvorhaben geltend zu machen. Dazu gehörten Hafenanlagen in Bottighofen, Altnau und Romanshorn und Flächenkonzessionierungen für gewerbliche Bootsliegeplätze.

Kein zusätzliches Personal

Weil der Kanton kein zusätzliches Personal habe anstellen wollen, sei die Nachkonzessionierung alter Anlagen zurückgestellt worden, schreibt die Regierung.

Ab 2010 würden die Eigentümer solcher - inzwischen erhobener - Anlagen nun zur Nachkonzessionierung aufgefordert. Gehe man davon aus, dass jede der 700 nicht genehmigten Anlagen etwa 25 Quadratmeter Platz brauche und dafür 5 Franken pro Quadratmeter erhoben würde, so wären dem Kanton jährlich 87 500 Franken entgangen.

Teil wird wohl rückgebaut

Allerdings sei noch nicht klar, ob alle Anlagen bestehen blieben, sobald sie gebührenpflichtig würden. Es sei davon auszugehen, dass ein Teil zurückgebaut werde, sei es, weil auf die Nutzung freiwillig verzichtet werde, sei es, weil sie sich mit Blick auf überwiegende öffentlichen Interessen als nicht bewilligungsfähig erweisen würden. (sda)